



**Niederschrift**  
**über den öffentlichen Teil der 11. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung**  
**des Kreistages am 18.12.2008**  
**in Rotenburg, Kreishaus, großer Sitzungssaal**

**Teilnehmer:**

**Mitglieder des Kreistages**

Kreistagsvorsitzender Abg. Reinhard Brünjes  
Landrat Hermann Luttmann  
Abg. Heinz-Günter Bargfrede  
Abg. Renate Bassen  
Abg. Angela van Beek  
Abg. Henri Blanken bis 13.55 Uhr  
Abg. Ralf Borngreber  
Abg. Doris Brandt  
Abg. Hedda Braunsburger  
Abg. Günter Brunkhorst bis 13.30 Uhr  
Abg. Rüdiger Bruns  
Abg. Lütje Burfeindt  
Abg. Reinhard Bussenius  
Abg. Heinz-Friedrich Carstens  
Abg. Dirk Detjen  
Abg. Klaus Dreyer  
Abg. Hans-Heinrich Ehlen  
Abg. Hans-Hermann Engelken  
Abg. Dr. Hein-Arne zum Felde  
Abg. Reinhard Frick  
Abg. Dr. Peter Fröhlich  
Abg. Barbara Frömming  
Abg. Erich Gajdzik  
Abg. Heinz-Dieter Gebers  
Abg. Hans-Klaus Genter-Mickley  
Abg. Ute Gudella-de Graaf  
Abg. Friedhelm Helberg  
Abg. Gerhard Holsten  
Abg. Hans-Joachim Jaap bis 13.55 Uhr  
Abg. Hinrich Kackmann  
Abg. Rudolf Kahrs  
Abg. Karl-Hans Keller  
Abg. Lühr Klee  
Abg. Hans-Jürgen Krahn bis 13.15 Uhr  
Abg. Volker Kullik  
Abg. Rolf Lüdemann  
Abg. Klaus Mangels  
Abg. Jan-Christoph Oetjen

Abg. Angelus Pape  
Abg. Bernd Petersen  
Abg. Karlheinz Poredda  
Abg. Marc Reuter  
Abg. Claus Riebesehl bis 13.55 Uhr  
Abg. Helmut Ringe  
Abg. Jürgen Rudolph  
Abg. Joachim Schulz bis 13.15 Uhr  
Abg. Detlef Steppat bis 13.40 Uhr  
Abg. Reinhard Trau  
Abg. Elke Twesten  
Abg. Manfred Wernecke  
Abg. Bernd Wölbern

### **Verwaltung**

Erster KR Dr. Torsten Lühring  
KR Sven Höhl  
KVD Heinz Peimann  
KVD'in Heike von Ostrowski  
Frau Marianne Schmidt  
KOAR Gerd Fricke  
Dipl.-Kfm. Axel Bolz  
VA Jochen Twiefel

Entschuldigt:

### **Mitglieder des Kreistages**

Abg. Marcus Blanken  
Abg. Hans-Cord Graf von Bothmer  
Abg. Hartmut Leefers  
Abg. Christian Sonnenwald

### **Tagesordnung:**

#### **a) öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die 10. Sitzung des Kreistages am 25.09.2008
- 4 Bericht über wichtige Beschlüsse des Kreisausschusses
- 5 Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten
- 6 Neufassung und Änderung von Verwaltungshandreichungen  
Vorlage: 2006-11/0605
- 7 Fortschreibung des Nahverkehrsplans  
Vorlage: 2006-11/0547

- 8** Zusammenarbeit mit dem Landkreis Soltau-Fallingb. ; Errichtung einer Brandsimulationsanlage  
Vorlage: 2006-11/0585
- 9** Vereinbarung zwischen dem Landkreis und den kreisangehörigen Städten, Samtgemeinden und Gemeinden über die Förderung von Kindern in Kindertageseinrichtungen  
Vorlage: 2006-11/0552
- 10** 3. Satzung zur Änderung der Satzung über die Abfallentsorgung im Landkreis Rotenburg (Wümme) (Abfallentsorgungssatzung)  
Vorlage: 2006-11/0569
- 11** 5. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Abfallentsorgung im Landkreis Rotenburg (Wümme) (Abfallgebührensatzung)  
Vorlage: 2006-11/0570
- 12** Zustiftung zur Kempowski-Stiftung "Haus Kreienhoop"  
Vorlage: 2006-11/0546
- 13** Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2009 und Stellenplan 2009  
Vorlage: 2006-11/0595
- 14** Entlastung des Landrats aus der Jahresrechnung 2006 des Landkreises Rotenburg (W.)  
Vorlage: 2006-11/0572
- 15** Verwendung des Ergebnisses des Nettoeregietriebes Abfallwirtschaft für das Jahr 2006  
Vorlage: 2006-11/0594
- 16** Betrieb Rettungsdienst: Jahresabschluss 2007 / Ergebnisverwendungsbeschluss  
Vorlage: 2006-11/0578
- 17** Haushaltsüberschreitungen
- 17.1** Einzelentscheidung; hier: Teilhaushalt 5 (Jugend und Sport) Produkt 36.5.01 (Tageseinrichtungen für Kinder)  
Investition (Investitionsförderung Krippenausbau)  
Vorlage: 2006-11/0601
- 17.2** Unterrichtung  
Vorlage: 2006-11/0600
- 18** Verordnung zur Änderung der Verordnung des Landkreises Rotenburg (Wümme) vom 10.12.1997 über die Einschränkung des Allgemeingebrauchs der Oste  
Vorlage: 2006-11/0564
- 19** 2. Verordnung des Landkreises Rotenburg (Wümme) über die Aufhebung von Landschaftsschutzgebieten  
Vorlage: 2006-11/0565
- 20** Änderung und Erweiterung der Naturschutzgebietsverordnung "Großes und Weißes Moor" und gleichzeitige Anpassung der Landschaftsschutzgebietsverordnung "Grafeler Holz, Hamerloh und Lintel"  
Vorlage: 2006-11/0567

- 21 Zweite Satzung zur Änderung der Jagdsteuersatzung des Landkreises Rotenburg (Wümme)  
Vorlage: 2006-11/0615
- 22 Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 24.05.2008 " Keine Gentechnik auf Flächen im Eigentum des Landkreises Rotenburg (Wümme)"  
Vorlage: 2006-11/0571
- 23 Anfragen
- 24 Einwohnerfragestunde

Punkt 1 der Tagesordnung: **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

---

**Kreistagsvorsitzender Brünjes** eröffnet die Sitzung um 9.00 Uhr und stellt fest, dass der Kreistag nach ordnungsgemäßer Einladung beschlussfähig ist. Die Abgeordneten Markus Blanken, Graf von Bothmer, Leefers und Sonnenwald fehlen entschuldigt.

**Kreistagsvorsitzender Brünjes** begrüßt die Zuhörer, die Vertreter der Presse und der Verwaltung.

Punkt 2 der Tagesordnung: **Feststellung der Tagesordnung**

---

**Landrat Luttmann** weist darauf hin, dass in der Einladung zur heutigen Sitzung zu Tagesordnungspunkt 3 ein Schreibfehler unterlaufen sei. Richtig müsse die Bezeichnung des TOP „Genehmigung der Niederschrift über die 10. Sitzung des Kreistages am 25.09.2008“ heißen. Im Kreisausschuss am 04.12.2008 habe Einvernehmen bestanden, den Tagesordnungspunkt 19 der heutigen Sitzung in niederdeutscher Sprache zu behandeln.

**Landrat Luttmann** führt weiter aus, den Abgeordneten seien eine Ergänzungslieferung zur Kreisrechtssammlung, ein Terminplan für die Sitzungen des Kreistages, des Kreisausschusses und der Fachausschüsse im Jahr 2009 sowie eine Tischvorlage zu Punkt 20 der Tagesordnung auf den Tisch gelegt worden.

Ebenfalls auf den Tisch gelegt worden sei ein Ergänzungsantrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 15.12.2008 zu Punkt 13 der Tagesordnung.

Zu Tagesordnungspunkt 5 der heutigen Sitzung werde Herr Dr. Fitschen in seiner Eigenschaft als Vertreter des Landkreises Rotenburg (Wümme) im Verbandsausschuss des Ems-Weser-Elbe Versorgungs- und Entsorgungsverbandes in Ergänzung der Beantwortung einer Anfrage der WFB-Kreistagsfraktion zur strategischen Partnerschaft der EWE mit der EnBW berichten.

Anschließend wird die Tagesordnung einstimmig in der vorstehenden Reihenfolge festgestellt.

**Beschluss:**

Die Niederschrift über die 10. Sitzung des Kreistages am 25.09.2008 wird genehmigt.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	51
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

**Landrat Luttmann** verweist auf die an die Abgeordneten und die Vertreter der Presse verteilte Zusammenstellung der Kreisausschussbeschlüsse von allgemeiner Bedeutung. *(Anmerkung zum Protokoll: Die Zusammenstellung ist dem Protokoll als Anlage beigelegt.)*

**Herr Dr. Fitschen** berichtet über die Entscheidung des Verbandsausschusses der EWE zu einer strategischen Partnerschaft mit der EnBW. Wegen der möglichen Auswirkungen auf die Börsennotierungen der beteiligten Unternehmen habe das gesamte Verfahren der Geheimhaltung unterlegen, alle Beteiligten seien zur Verschwiegenheit verpflichtet worden. Er stellt die Beteiligung der kommunalen Ebene an der EWE dar und erläutert den Hintergrund für die Angelegenheit. Aufgrund einer Entscheidung der Kartellbehörde habe der Energiekonzern EON seine Anteile an EWE in Höhe von 27,3 % im Jahr 2004 abgeben müssen. Der Verkauf dieser Anteile habe zu diesem Zeitpunkt nicht zu einem vernünftigen Preis erfolgen können, so dass diese Anteile zunächst, nach entsprechenden Beschlüssen in den jeweiligen kommunalen Gremien, zu einem Preis von 640 Millionen Euro von den kommunalen Anteilseignern übernommen worden seien. Anschließend sollte ein strategischer Partner gesucht werden. Zu den dafür in Frage kommenden drei Unternehmen habe auch die EnBW gehört. Gründe für die Entscheidung des Verbandsausschusses für eine strategische Partnerschaft mit EnBW seien gewesen, dass diese die kommunale Verpflichtung von 640 Millionen Euro in voller Höhe übernommen habe, hierüber eine Beteiligung der EWE an Kraftwerken möglich werde und weitere strategische Bedingungen erfüllt worden seien. Die EnBW habe einen Anteil von 26 % an der EWE erworben. Der mit dem Verkauf der Anteile erzielte Erlös betrage etwa das Dreifache des ursprünglichen Wertes aus dem Jahr 2004. Die kommunale Ebene habe ihren Anteil in voller Höhe zurück erhalten. Nach Prüfung durch die Kommunalaufsicht im Innenministerium habe es einer Entscheidung der kommunalen Gremien zu dieser Partnerschaft nicht bedurft, weil damit lediglich die Beschlüsse der Kreistage aus dem Jahr 2004 umgesetzt worden seien.

**Abg. Twesten** fragt, welchen Anteil der Landkreis Rotenburg (Wümme) aus dem Verkaufserlös tatsächlich erhalten habe. Vermutlich sei der weitaus größere Teil an die EWE geflossen, was sie für ungerecht halte.



**Abg. Bussenius** stellt zunächst aus seiner Sicht bestehende Probleme im ÖPNV im Landkreis dar. Die im vorliegenden Nahverkehrsplan genannten Ziele z. B. der Einbeziehung von HVV und ZVBN seien in Ordnung, aber deren Umsetzung sei zu unbestimmt. Die Schaffung kreiseinheitlicher Tarife müsse im nächsten Jahr erledigt werden, Übergangstarife zum HVV und ZVBN sollten in zwei Jahren erreicht werden können. Der ÖPNV sei für die Attraktivität des Landkreises von großer Bedeutung. In Anbetracht vermutlich wieder steigender Kraftstoffkosten bei sinkenden Realeinkommen sowie aus ökologischen Gründen müsse die Mobilität der Bürger über den ÖPNV erhalten werden.

**Abg. Bruns** erklärt, die SPD-Fraktion habe bei ihren Einwendungen im Beteiligungsverfahren besonderes Augenmerk auf den schienenbezogenen Personennahverkehr gelegt. Dabei dürfe nicht nur eine Anbindung aller Ortschaften an die Grundzentren angestrebt werden, sondern dass auch ein Bahnhof mit Anschluss an die Oberzentren für die Menschen erreichbar ist. Alternative Möglichkeiten wie Sammeltaxen und Bürgerbusse müssten erprobt und gefördert werden. Ein Teil des Landkreises sei überwiegend nach Hamburg ausgerichtet, weswegen die ~~Schaffung eines Übergangstarifes zum HVV~~ Ausweitung des HVV-Tarifs auf diese Gemeinden (*geändert aufgrund Kreistagsbeschluss vom 18.03.2009*) unbedingt notwendig sei. Weil diese Kernvorstellungen im Nahverkehrsplan enthalten seien, werde die SPD-Fraktion dem Entwurf zustimmen. Der ÖPNV dürfe nicht aus dem Schülerverkehr bestehen, sondern der Schülerverkehr müsse in den ÖPNV eingebunden werden. Nur wenn der ÖPNV von den Bürgern genutzt werde, werde dieser auch für den Landkreis finanzierbar bleiben.

**Abg. Steppat** hält den vorliegenden Nahverkehrsplan zwar nicht für ideal, bezeichnet ihn aber als eine gute Grundlage. Deswegen werde seine Fraktion dem Entwurf zustimmen. Auch **Abg. Bargfrede** erklärt, seine Fraktion werde dem Beschlussvorschlag zustimmen.

### **Beschluss:**

Der Nahverkehrsplan 2008 bis 2012 für den Landkreis Rotenburg (Wümme) wird in der im Entwurf vorliegenden Fassung - unter Berücksichtigung der in der Übersicht über die eingebrachten Stellungnahmen vorgeschlagenen Ergänzungen - beschlossen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	51
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

**Abg. Bruns** verlässt den Sitzungsraum.

**Abg. Burfeindt** weist auf die Bedeutung der Anlage für die Feuerwehren im Landkreis hin und bittet um Zustimmung zum Beschlussvorschlag.

Auch **Abg. Petersen** hält dies für eine gute Einrichtung. Er gibt aber zu bedenken, evtl. einen dritten Beteiligten mit einzubinden um die Folgekosten gering zu halten.

## **Beschluss:**

1. Für die weiteren Haushaltsberatungen zum Haushalt 2009 wird die Bereitstellung der Haushaltsmittel für eine Beteiligung im Rahmen interkommunaler Zusammenarbeit an der geplanten Brandsimulationsanlage empfohlen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, eine entsprechende Verwaltungsvereinbarung mit dem Landkreis Soltau-Fallingb. abzuschließen.

## **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	50
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 9 der Tagesordnung: **Vereinbarung zwischen dem Landkreis und den kreisangehörigen Städten, Samtgemeinden und Gemeinden über die Förderung von Kindern in Kindertageseinrichtungen**  
**Vorlage: 2006-11/0552**

---

**Abg. Bargfrede** führt aus, der Ausbau der Kindertagesbetreuung sei ein Schwerpunkt der politischen Arbeit. Für die Frauen im Landkreis müsse die Entscheidungsfreiheit für die Betreuung ihrer Kinder zwischen Krippenplätzen und Tagespflege erhalten und hierzu ein bedarfsgerechtes Angebot geschaffen werden. Nach der im Landkreis durchgeführten Umfrage sollten 680 neue Plätze eingerichtet werden. Dies bedeute einen Zuschussbedarf von ca. 8,5 Millionen Euro, wobei sich die zugesagten Bundes- und Landesmittel nur auf 4,9 Millionen Euro belaufen würden. Damit alle Gemeinden die gleiche Förderung erhalten könnten würde der fehlende Betrag vom Landkreis zur Verfügung gestellt, was einmalig in Niedersachsen sei. Die hierfür entstehenden Aufwendungen für den Landkreis von ca. 673.000 Euro pro Jahr sollten u. a. durch erwartete Einsparungen durch das beitragsfreie dritte Kindergartenjahr finanziert werden. Die Vereinbarung mit den Gemeinden habe eine Laufzeit bis 2013. Im Gegenzug hätten die Städte, Gemeinden und Samtgemeinden eine weitere Senkung der Kreisumlage gefordert, diese solle nunmehr mit der Haushaltssatzung 2009 auf 50 Punkte festgesetzt werden. Er bitte um Zustimmung zum vorliegenden Beschlussvorschlag.

Nach Ansicht des **Abg. Ringe** blieben die Gemeinden die weitaus größten Kostenträger für die Kindertagesbetreuung, obwohl dies eine Aufgabe des Landkreises sei. Die Bundes-, Landes- und Landkreismittel würden für die Schaffung eines bedarfsgerechten Angebotes nicht ausreichen. Die SPD-Fraktion habe bereits bei den Haushaltsberatungen im vergangenen Jahr eine Aufstockung der Landkreismittel beantragt. Mit der Regelung hinsichtlich der Betriebskosten als Teil der Vereinbarung könne er in seiner Eigenschaft als Bürgermeister der Gemeinde Oerel nicht einverstanden sein. Auch halte er Betreuungszeiten von 10 Stunden wöchentlich für unrealistisch. Eine Förderung dieser Plätze mit 206 Euro jährlich stehe in keinem Verhältnis zu einer Förderung von 325 Euro für einen Platz mit 9 Stunden an 5 Wochentagen. Die Kinderbetreuung sei in der Verantwortung der Gemeinden am besten aufgehoben. Hinsichtlich der Betriebskosten halte er eine Bindung durch die Vereinbarung für die Dauer von 5 Jahren nicht für gut. Er beantrage deshalb, diesbezüglich eine jährliche Überprüfungsklausel einzufügen, um bei Kostensteigerungen und Unwägbarkeiten reagieren zu können.

**Landrat Luttmann** erklärt, auch der Landkreis verpflichte sich durch die Vereinbarung für fünf Jahre, die Plätze in der angegebenen Höhe zu fördern. Es handle sich um ein Gesamtpaket. Es gebe durchaus Regionen im Landkreis, in denen Eltern eine Betreuungszeit von 10 Stunden wöchentlich wünschten z. B. in Spielkreisen. Deswegen sei diese Regelung aufgenommen worden. Er bitte um Zustimmung zu der vorliegenden Vereinbarung.

**Abg. Oetjen** stellt dar, der Landkreis sattele die Landesmittel zum Ausbau der Kindertagesbetreuung mit eigenen Mitteln auf, was einmalig in Niedersachsen sei. Dies liege natürlich auch daran, dass bei der Bedarfsumfrage im Landkreis ein großer Nachholbedarf festgestellt worden sei. Auch er hält die Wahlfreiheit der Eltern zwischen Krippenbetreuung und Tagespflege für sehr wichtig. Die Fördermittel seien für die Gemeinden ein starker Anreiz zum Ausbau des Platzangebotes. Ein bedarfsgerechtes Betreuungsangebot sei wichtig für die Attraktivität des Landkreises. Es sei positiv, dass ein vorzeitiger Maßnahmebeginn möglich sei. Die Vereinbarung beinhalte bereits eine Anpassungsklausel für die Förderhöhe der tatsächlich belegten Plätze an die allgemeine Preissteigerung, darüber hinaus halte er dies nicht für erforderlich. Im übrigen hätten Vertreter der Gemeinden in einer Arbeitsgruppe am Entwurf der Vereinbarung mitgearbeitet und zugestimmt.

**Abg. Steppat** meint, im Landkreis sei spät begonnen worden, das Betreuungsangebot auszubauen. Die WFB-Fraktion werde dem Entwurf zustimmen. Wenn sich gravierende Änderungen ergeben sollten, werde man bei der Vereinbarung ggf. nachbessern müssen.

**Abg. Twesten** hält es für erfreulich, dass die Diskussion um frühkindliche Förderung auch im Landkreis angekommen sei. Ihre Fraktion begrüße, dass das Betreuungsangebot im Landkreis ausgebaut werden solle. Dies sei auch wichtig für die Attraktivität des Landkreises. Es sei gut, dass bei der Verteilung der Fördermittel keine Prioritätenliste geführt werde, sondern jede Gemeinde den gleichen Förderbetrag erhalten solle. Wichtig wäre noch ein Ausbau des Angebotes an flexibler Kindertagesbetreuung. Insgesamt sei dies ein Schritt in die richtige Richtung. Die Fraktion BÜNDNIS 90/GRÜNE werde der Vereinbarung zustimmen.

**Abg. Dreyer** meint, die Förderung der Investitionskosten sei unstrittig. Es ginge hier aber auch um die Betriebskosten. Er weist auf die unterschiedlichen Betreuungszeiten und die Unsicherheiten wegen der Auszahlung der Bundes- und Landesmittel hin. Er bekräftigt den Antrag der SPD-Fraktion, für die Betriebskosten eine jährliche Überprüfungsklausel in die Vereinbarung aufzunehmen.

**Abg. Ringe** ergänzt, viele Gemeinden hätten keine Alternative zum Abschluss dieser Vereinbarung. So hätten keine fairen Verhandlungen geführt werden können.

**Abg. Bargfrede** weist noch einmal darauf hin, dass in der Arbeitsgruppe zur Vorbereitung der Vereinbarung Vertreter der Gemeinden mitgearbeitet hätten.

**Abg. Borngräber** erinnert an den Antrag der SPD-Fraktion aus den Haushaltsberatungen 2008. Nun müssten die Landesmittel doch vom Landkreis aufgestockt werden. Dies sei keineswegs einmalig in Niedersachsen. In anderen Landkreisen gehe man noch weiter, dort werde die qualitative Betreuung ausgebaut. Er kritisiert, dass das Land bei der Bereitstellung der Mittel seinen Verpflichtungen nicht nachkomme und den Kommunen Mittel vorenthalte.

**Abg. Oetjen** entgegnet, der Bund fördere nur Investitionskosten. Das Land werde seinen mit den kommunalen Spitzenverbänden vereinbarten Verpflichtungen nachkommen und sich auch an den Betriebskosten angemessen beteiligen.

**Kreistagsvorsitzender Brünjes** lässt über den Antrag der SPD-Kreistagsfraktion, eine Regelung in die Vereinbarung aufzunehmen, nach der die Betriebskosten jährlich überprüft werden, abstimmen.

Dieser Antrag wird mit 14 Ja-Stimmen und 35 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.

Danach erfolgt die Abstimmung über den vorliegenden Beschlussvorschlag.

### **Beschluss:**

Dem Entwurf der Vereinbarung zwischen dem Landkreis und den Gemeinden über die Förderung von Kindern in Kindertageseinrichtungen wird zugestimmt.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 36  
Nein-Stimmen: 14  
Enthaltung: 0

Punkt 10 der Tagesordnung: **3. Satzung zur Änderung der Satzung über die Abfallentsorgung im Landkreis Rotenburg (Wümme) (Abfallentsorgungssatzung)**  
**Vorlage: 2006-11/0569**

---

### **Beschluss:**

Der **Artikel 1** der im Entwurf vorliegenden 3. Satzung zur Änderung der Satzung über die Abfallentsorgung im Landkreis Rotenburg (Wümme) wird mit Wirkung vom 01.01.2009 beschlossen.  
Der **Artikel 2** der im Entwurf vorliegenden 3. Satzung zur Änderung der Satzung über die Abfallentsorgung im Landkreis Rotenburg (Wümme) wird mit Wirkung vom 16.07.2009 beschlossen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 50  
Nein-Stimmen: 0  
Enthaltung: 0

Punkt 11 der Tagesordnung: **5. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Abfallentsorgung im Landkreis Rotenburg (Wümme) (Abfallgebührensatzung)**  
**Vorlage: 2006-11/0570**

---

### **Beschluss:**

Die im Entwurf vorliegende 5. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Abfallentsorgung im Landkreis Rotenburg (Wümme) wird beschlossen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 50  
Nein-Stimmen: 0  
Enthaltung: 0

**Abg. Ehlen** weist auf die Bedeutung des Schriftstellers Walter Kempowski für den Landkreis Rotenburg (Wümme) auf kulturellem Gebiet hin. Dieser habe seinen Lebensmittelpunkt in den letzten mehr als 40 Jahren im Landkreis gehabt. Durch die Arbeit der Stiftung solle die Wertschätzung der Arbeit von Walter Kempowski dargestellt werden. Es sei gut, dass sich das Land mit einem Betrag von 600.000 Euro beteilige, in der Hoffnung, dass von der kommunalen Ebene ein Betrag in gleicher Höhe eingebracht werde. Er bitte um Zustimmung.

**Abg. Helberg** führt aus, die Abgeordneten seien durch die Beschlussvorlage sehr umfassend informiert worden. Walter Kempowski habe mehr für die Region getan, als der Landkreis ihm wieder zurückgeben könne. Ziel sei es, den Namen Kempowski mit dem Landkreis Rotenburg (Wümme) zu verbinden. Walter Kempowski habe zu seinen Lebzeiten bereits einen großen Teil seines privaten Vermögens zugunsten der Allgemeinheit in das Stiftungsvermögen überführt. Er danke allen, die sich für die Lösung in Form einer Zustiftung eingesetzt hätten, auch für die Beteiligung des Landes.

**Abg. Brunkhorst** erklärt, vom Land und der kommunalen Ebene sollten 1,2 Millionen Euro in die Zustiftung fließen. Da das Land und die Kommunen nicht schuldenfrei seien, solle dieser Betrag nach seiner Ansicht zum Abbau der Schulden verwendet werden. In dieser Angelegenheit seien noch viele Fragen offen. Er werde dem Beschlussvorschlag deshalb nicht zustimmen.

**Abg. Dr. Fröhlich** stellt die Bedeutung von Walter Kempowski für den Landkreis dar. Aus diesem Grund stimme er für jede Form der Würdigung des Andenkens von Walter Kempowski.

Auch **Abg. Twesten** weist auf die Bedeutung des Andenkens des Schriftstellers Kempowski hin. Neben der kulturellen Bedeutung, auch für das Selbstverständnis der Region, könne dies auch für den Tourismus im Landkreis von Bedeutung sein. Sie halte den Stiftungsgedanken für gut und werde dem Beschlussvorschlag zustimmen. Sie regt an, das Projekt auch in der Metropolregion vorzustellen, um die Bekanntheit zu steigern.

**Abg. Steppat** hält die Würdigung des Schriftstellers Walter Kempowski für eine Selbstverständlichkeit.

**Abg. Holsten** erklärt, er werde sich der Stimme enthalten. Auch wenn dies vom Grundsatz eine gute Sache sei, vermisse er nach wie vor ein gut ausgearbeitetes und schlüssiges Konzept. In der Samtgemeinde Zeven werde im Januar eine Entscheidung über eine Beteiligung zu treffen sein.

### **Beschluss:**

Die Kempowski Stiftung ‚Haus Kreienhoop‘ wird mit einer Zustiftung in Höhe von insgesamt 300.000 € - jeweils 100.000 € in den Jahren 2009, 2010 und 2011 – ausgestattet unter der Maßgabe, dass die jeweiligen Zustiftungen des Landes (600.000 €) sowie der Samtgemeinde Zeven und der Gemeinde Gyhum (300.000 €) beschlossen werden.

Die Zustiftung setzt eine angemessene Beteiligung des Landkreises an den Stiftungsgremien voraus.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	46
Nein-Stimmen:	1
Enthaltung:	3

**Kreistagsvorsitzender Brünjes** unterbricht die Sitzung von 10.50 Uhr bis 11.20 Uhr.

**Abg. Bruns** nimmt wieder an der Sitzung teil.

Punkt 13 der Tagesordnung: **Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2009 und Stellenplan 2009**  
**Vorlage: 2006-11/0595**

---

**Abg. Holsten** führt aus, der Haushaltsplan 2009 sei der zweite der nach doppischen Grundsätzen aufgestellt worden sei. Das neue Haushaltsrecht biete Vorteile hinsichtlich der Transparenz, der Ausweisung strategischer Ziele und Kennzahlen, einer exakten Darstellung der Personalkostenverteilung, der Ausweisung von Abschreibungen, Auflösung von Sonderposten und der internen Leistungsverrechnung. Nachdem der Haushalt 2008 viele positive Aspekte enthalten habe, sei eine Senkung der Kreisumlage auf 52 Punkte möglich gewesen und es seien höhere Investitionen und Unterhaltungsaufwendungen veranschlagt worden. Inzwischen sei die wirtschaftliche Lage nicht mehr so gut, die Prognosen für das kommende Jahr seien überwiegend negativ. Dennoch habe auch der Haushaltsentwurf für das Jahr 2009 positive Aspekte. Der Landkreis profitiere dabei von den guten Ergebnissen aus den Jahren 2007 und 2008. Die Entwicklung für das Jahr 2010 sei noch nicht abzusehen. Obwohl die Kreisumlage wegen der noch guten Haushaltslage auf 50 Punkte gesenkt werden könne, lägen die Einnahmen hieraus mit 58 Millionen Euro auf einem hohen Niveau. Die Senkung der Kreisumlage sei der Landkreis den kreisangehörigen Städten, Gemeinden und Samtgemeinden schuldig gewesen, weil diese den Landkreis in Zeiten schlechter Haushaltslage durch die Zahlung einer hohen Kreisumlage gestützt hätten. Der Haushaltsentwurf weise an Transferleistungen 93 Millionen Euro und 41 Millionen Euro an Finanzausgleich aus. Die Wiedereinführung des Flächenfaktors im Finanzausgleich wirke sich positiv aus.

Im Bereich Bildung und Kultur seien Ausgaben in Höhe von 24,6 Millionen Euro veranschlagt. Neben den darin enthaltenen Ausgaben für den Schulbereich seien 7,6 Millionen Euro für die Schülerbeförderung sowie 600.000 Euro für die Kreismusikschule veranschlagt. Das Theater Metronom werde weiter gefördert, im Bereich der Heimatpflege müsse die Zukunft des Institutes für Heimatforschung geklärt werden. Die Sportförderung werde ausgebaut. Der Zuschussbedarf im Sozialbereich steige weiter an, was u. a. in den Ausgaben für die Grundsicherung und den weiter zunehmenden Kosten für die Heimunterbringung von Kindern und Jugendlichen begründet sei. Die Steigerung bei den Personalkosten um ca. 8 % komme nicht nur den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kreisverwaltung zugute, sondern sei auch in den aufgrund der doppischen Haushaltsführung auszuweisenden Pensionsrückstellungen begründet. Wenn sich die wirtschaftliche Lage verschlechtern sollte, würden die Personalkosten wieder zum Thema werden.

Zu den Schwerpunkten des Haushaltes 2009 gehörten die Unterstützung der Vereine und Verbände. Darunter falle auch die Senkung der Jagdsteuer. Während in anderen Landkreisen über die Abschaffung der Jagdsteuer diskutiert werde, wolle man hier nicht so weit gehen. Die Jagdsteuer werde von einer Bevölkerungsgruppe erhoben, die viel für den Naturschutz tue, und zwar vielfach ohne Gegenleistung. Deshalb sei die Senkung der Steuer gerechtfertigt.

Aufgrund der zur Zeit guten Haushaltslage könne das kommunale Zukunftsprogramm weiter fortgeschrieben werden. Der Landkreis investiere weiter in den Ausbau der Kindertagesbetreuung. Auch die Kreisumlage solle weiter gesenkt werden. Allerdings könne dies kein Versprechen gegenüber den Gemeinden sein, sondern hänge von der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung ab. Die Verschuldung werde in 2009 um weitere 4 Millionen Euro abgebaut. Zwar sei der Schuldenstand des Landkreises immer noch vergleichsweise hoch, aber der Landkreis Rotenburg (Wümme) gehöre zu den wenigen in Niedersachsen, die keine Kassenkredite ausweisen würden. Ein Betrag von 1,3 Millionen Euro werde für Unterhaltungsaufwendungen im Bereich der Infrastruktur veranschlagt. Die Ausgaben für die Schulen würden gegenüber dem Haushalt 2008 um ca. 197 % gesteigert, für den Bereich Jugend/Sport um ca. 137 %. Im Bereich Straßenbau werde in 2009 etwas weniger investiert, dieser Bereich dürfe aber nicht aus den Augen verloren werden. Die Realisierung der Autobahn-

schlussstelle Elsdorf und der dazugehörigen Ortsumgehung werde gefördert. Dies sei ein wichtiger Faktor für die wirtschaftliche Entwicklung des Landkreises. Auch die Breitbandverkabelung sei zu einem wichtigen Standortfaktor geworden. Hierzu würden in einem Gutachten weitere Handlungsempfehlungen auf Kreisebene gegeben.

Die Devise im Haushalt 2009 laute sanieren, investieren und finanzieren. Zwar seien die Investitionsausgaben erhöht worden, deren Anteil am Gesamthaushalt sei dennoch noch zu gering. Ziel solle es sein auf 20 % zu kommen, wobei man auf einem guten Weg sei. Das Konjunkturprogramm der Bundesregierung sei nicht im Haushaltsentwurf berücksichtigt worden. Man werde im kommenden Jahr sehen müssen, welche Auswirkungen sich daraus ergäben. Insgesamt sei der Haushalt 2009 positiv zu bewerten. Kreistag und Kreisverwaltung würden eine vernünftige Haushaltspolitik betreiben. Er danke dem Landrat und der Verwaltung für die Vorbereitung des Haushaltsentwurfs und den Abgeordneten des Kreistages für die Mitarbeit in den Ausschüssen. Er bitte um Zustimmung zum vorliegenden Haushaltsentwurf 2009.

**Abg. Helberg** bezeichnet den vorliegenden zweiten doppischen Haushalt als übersichtlich gestaltet und nach sachlichen Gegebenheiten geordnet. Die allgemeine Haushaltslage werde im Vorbericht zutreffend beschrieben, allerdings vermisse die SPD-Fraktion bei den strategischen Zielen Hinweise auf notwendige Anpassungen der schulischen Entwicklung an die sich ändernden demographischen Bedingungen. Er danke dem Landrat und der Verwaltung für die Vorarbeiten zur Aufstellung des Haushaltsplanes.

Die Zustimmung der SPD-Fraktion zum Haushaltsplanentwurf hänge davon ab, ob der Kreistag die Anträge zur Höhe der Jagdsteuer und deren teilweise umweltorientierter Verwendung sowie der Einwerbung von 20.000 Euro für ein ergänzendes Gutachten zum Rettungsdienst berücksichtige. Dies seien grundsätzlich notwendige Korrekturen am Haushaltsentwurf. Grundsätzlich sei zum Haushalt anzumerken, dass sich der Landkreis erst auf dem Weg zu einer nachhaltigen Haushaltskonsolidierung befinde. Die Verschuldung liege noch deutlich über dem Landesdurchschnitt und müsse weiter verringert werden. Ziel müsse es sein, die Nettoneuverschuldung zu begrenzen bzw. gänzlich ohne auszukommen. Der Landkreis müsse mehr für eine zukunftsfähige Familienpolitik tun, Kindern aus einkommensschwachen Familien müssten verbesserte Entwicklungschancen geboten werden. Dabei müsse der Landkreis bei seinen Entscheidungen stets die demographische Entwicklung im Auge behalten.

Die in den Fachausschüssen vorgeschlagenen Änderungen zum Haushaltsentwurf seien sachgerecht gewesen, z. B. die Verbesserungen bei den Zuschüssen für die Tafeln. Bei der Sportförderung werde mit der Aufstockung des Ansatzes und der Anhebung der Höchstförderbeträge die positive Entwicklung der Vorjahre fortgesetzt. Mit Besorgnis sei festzustellen, dass die Transferaufwendungen bei der Jugendhilfe und auch im Gesundheits- und Sozialbereich etwa zwei Drittel des Haushaltsvolumens ausmachten. Es müsse ein deutlich stärkerer Schwerpunkt auf Prävention und Vorsorge gelegt werden, statt in die Reparatur gesellschaftlicher Fehlentwicklungen zu investieren. Er verweist auf den bei den Haushaltsberatungen 2008 von der Mehrheitsfraktion abgelehnten Antrag der SPD-Fraktion zur Unterstützung der Gemeinden im Bereich Bildung und Erziehung. Jetzt werde mehr als der doppelte Betrag für diese Aufgaben bereitgestellt.

Kulturelle Angebote zählten zu den weichen Standortfaktoren. Die Förderung z. B. des Theaters Metronom, die Unterstützung kultureller Veranstaltungen und die Bereitstellung von Mitteln für die Zustiftung zur Kempowski-Stiftung werde ausdrücklich begrüßt. Der Schriftsteller Walter Kempowski habe neben dem Eigentum am „Haus Kreienhoop“, zusammen mit weiteren Mitteln mehr als 1 Million Euro aus seinem Privatvermögen zum Vorteil der Allgemeinheit in die Stiftung eingebracht, was hohe Anerkennung verdiene. Zu danken sei in diesem Zusammenhang dem Nds. Ministerpräsidenten, der die Beteiligung des Landes an der Stiftung zu seinem persönlichen Anliegen gemacht habe, und dem Landrat, der sich frühzeitig und nachdrücklich für die Unterstützung der Stiftung als wichtige und gemeinsame Aufgabe eingesetzt habe.

Nicht ganz so erfreulich sei die Entwicklung beim Heimatbund Rotenburg zu sehen. Zu einem möglichen Verkaufsangebot des Heimatbundes für das Institutsgelände an den Landkreis könne evtl. der Landrat berichten. Wichtig sei, dass das Institut für Heimatforschung erhalten werden müsse, ggf. auch mit dem Einsatz begrenzter Mittel des Landkreises. Hier bestehe dringender Handlungsbedarf.

Die Förderung der Krippeneinrichtungen mit Beteiligung des Landkreises sei zu begrüßen, aber es gelte die bestehenden Defizite im Platzangebot im Bundes- und Landesdurchschnitt abzubauen. Die Investitionen im Schulbereich seien notwendig, aber immer noch eine Folge eines überholten Landesschulgesetzes. Auf Kreisebene sei ein zukunftsfähiges Konzept notwendig, ohne Denkverbote zu Gesamtschulen oder möglichst langer gemeinsamer Beschulung. Gerade Flächenlandkreise seien auf bedarfsgerechte Angebote angewiesen.

Die Kreisumlage sei mit 50 Punkten sach- und interessengerecht. Auf weitere Senkungen dürfe in der Zukunft nicht verzichtet werden. Die Einnahmen aus der Kreisumlage und den Schlüsselzuweisungen fielen besser aus, als zunächst angenommen. Die Schülerbeförderungskosten hätte die 7,5 Millionen Euro Grenze überschritten. Mit sich bessernden Kreisfinanzen werde auch eine Anhebung des Schullastenausgleichs zu prüfen sein. Die Entwicklung der Kreditmarktschulden stimme hoffnungsvoll. Wichtig sei, dass der Flächenfaktor im Finanzausgleichsgesetz vor dem Staatsgerichtshof Bestand habe. Ansonsten müssten die Flächenlandkreise den Veredlungsfaktor auf den Prüfstand bringen. Es sei nicht nachvollziehbar, aus welchem Grund einwohnerstarke Kommunen mit Aufschlägen von bis zu 80 % beim Finanzausgleich belohnt würden. Die kulturellen und behördlichen Einrichtungen würden nicht nur Infrastrukturkosten erzeugen, sondern hätten auch positive Auswirkungen auf die Steuerkraft. Die Personalkosten, als einer der Bereiche über die auf der Ausgabenseite die Gesamtsituation des Haushalts beeinflusst werden könne, müssten im Auge behalten werden. Der Investitionsschwerpunkt liege im Teilhaushalt 3, bei den Bruttoinvestitionen liege die Anteilsquote bei 63 %. Bei den Nettoinvestitionen falle die Krankenhausumlage deutlich ins Gewicht.

Die SPD-Fraktion beantrage, an bereiter Stelle einen Betrag von 20.000 Euro für die Einholung eines ergänzenden Gutachtens zum Rettungsdienst in den Haushalt einzustellen. Dies sei bereits mit Antrag vom 18.11.2008 schriftlich begründet worden. Auf eine ausführliche Erörterung des Antrages im Feuerschutzausschuss sei verzichtet worden, um eine zugleich vertrauensvolle und offene Debatte im Kreisausschuss nicht durch öffentliche Dispute zu belasten. Man sei mit der ehrlichen Absicht in die Sitzung des Kreisausschusses gegangen, dort gemeinsam nach Kompromissen zu suchen. Allerdings habe die Mehrheitsfraktion andere Erkenntnisse als deren eigene nicht gelten lassen wollen und sogar Deutungshoheit darüber beansprucht, wie der Antrag der SPD auszulegen sei und welche Absichten damit verfolgt würden. Beim Rettungsdienst seien die früheren Verhandlungen des Landkreises mit den Kostenträgern keine Erfolgsgeschichte gewesen, obwohl dies in der Öffentlichkeit anders dargestellt worden sei. Aus diesen Erfahrungen solle man lernen, dass Verhandlungen mit den Krankenkassen sorgfältig und gut vorbereitet sein müssten. Deshalb solle sich der Landkreis nicht ohne Kenntnisse alternativer Lösungsmöglichkeiten in Verhandlungen über die Gestaltung einer Zusammenarbeit mit anderen Landkreisen begeben. Dass die SPD für große Bereiche des Landkreises bei einer Umsetzung des Bedarfsgutachtens erhebliche Nachteile befürchte, mache weitere gutachterliche Untersuchungen unabdingbar. Das vorliegende Bedarfsgutachten behandle große Bereiche des Landkreises als bloße Manövriermasse. Die SPD lege sich mit ihrem Antrag nicht auf eine Lösung fest, sondern stelle Fragen, deren Beantwortung das vorliegende Gutachten offen lasse, die aber vor Verhandlungen mit den Nachbarkreisen geklärt sein müssten.

Er halte es für fahrlässig, wenn der Landkreis den Rettungswachenstandort Tarmstedt aufgrund des Bedarfsgutachtens grundsätzlich ablehne und deshalb in die Erörterung der Frage mit dem Landkreis Osterholz, ob eine gemeinsame Rettungswache für die Bereiche Tarmstedt und Grasberg im Interesse beider Landkreise liegen könne, gar nicht eintrete. Die Verantwortung für ein Scheitern der Gespräche mit den anderen Landkreisen liege ebenso allein bei der Mehrheitsfraktion wie bei schlechten Verhandlungsergebnissen. Anders als die Mehrheitsfraktion lehne die SPD-Fraktion es nicht grundsätzlich ab, eine Verbesserung des Rettungsdienstangebotes notfalls auch über den begrenzten Einsatz von Landkreismitteln zu

erreichen. Nach der Einholung eines ergänzenden Gutachtens zu den gestellten Fragen nach Alternativlösungen wolle man auch dafür offen sein.

Zum Änderungsantrag hinsichtlich der Jagdsteuer und deren Verwendung für ökologische Zwecke erläutert er, die Absenkung der Jagdsteuer zum jetzigen Zeitpunkt sei das falsche Signal. Man dürfe Begüterte nicht erheblich von Steuerpflichten entlasten, wenn andererseits Sozialhilfe-Bezieher zugemutet werde, sich Geburtstags- und Weihnachtsgeschenke über Höchstgrenzen auf Hilfeleistungen anrechnen zu lassen. Er halte es für nicht in Ordnung, wenn für eine Senkung der Jagdsteuer Mittel vorhanden sein sollten, für ein weiteres Gutachten zum Rettungsdienst dagegen nicht. Er beantrage, den beiden von der SPD-Fraktion gestellten Anträgen zuzustimmen.

**Abg. Twesten** betont die Bedeutung der Haushaltskonsolidierung vor dem Hintergrund der allgemeinen Wirtschaftskrise. Die positive Entwicklung des Kreishaushaltes sei auch auf die veränderten Rahmenbedingungen durch die Wiedereinführung des Flächenfaktors zurückzuführen. Auf dem Gebiet der energetischen Sanierung der kreiseigenen Gebäude, die wegen des Klimaschutzes sehr wichtig sei, bestehe Handlungsbedarf. Ihre Fraktion beantrage eine Übersicht für alle Gebäude im Eigentum des Landkreises zu deren energetischem Zustand und den Aufwand für die Sanierung zu erstellen. Hiermit könne neben einem Beitrag zum Klimaschutz auch zur Stärkung der heimischen Wirtschaft beigetragen werden. Die Entwicklung im Bildungsbereich sei auch im Landkreis Rotenburg kritisch zu sehen. Es reiche nicht, in den Bau von Schulräumen zu investieren. Dies müsse vielmehr unter demographischen Gesichtspunkten gesehen werden. Um jedem Kind die besten Bildungschancen ermöglichen zu können werde man um Kooperationen nicht herumkommen. Sie regt an, die Einrichtung der gymnasialen Oberstufe in Sottrum zu überprüfen und einen Schulentwicklungsplan für den gesamten Landkreis unter Berücksichtigung der demographischen Entwicklung zu erstellen. Im Hinblick auf die ungeklärte Zukunft des Institutes für Heimatforschung sei es in Ordnung, wenn der Zuschuss für den Heimatbund Rotenburg zunächst auf Eis gelegt werde. Zum Rettungsdienst stelle ihre Fraktion den Antrag, einen Betrag von 10.000 Euro in den Haushalt 2009 einzustellen und damit ein zweites Gutachten erstellen zu lassen. Hierin sollen u. a. Aussagen zur Befahrbarkeit der Moorstraßen sowie zur Vorhaltung der Rettungswachen und der Rettungsmittel gemacht werden. Zur beabsichtigten Senkung der Jagdsteuer könne man im Hinblick auf den Naturschutzgedanken der Beschlussempfehlung durchaus folgen. Die Fraktion BÜNDNIS 90/GRÜNE wolle Akzente setzen und diese zusammen mit dem Kreistag weiter entwickeln.

**Abg. Steppat** bezeichnet den vorliegenden Haushaltsplanentwurf 2009 als solide. Kritisch anzumerken sei, dass der Zuschuss für den Heimatverein Scheeßel nicht wieder auf das Niveau vor der Haushaltskonsolidierung angehoben worden sei. Für den Heimatbund Rotenburg müsse eine Lösung gefunden werden. Auch das Bullenseeprojekt des NABU sei wichtig. Dabei dürfe auch die Problematik der Nutzung des Kiosk nicht außer Acht gelassen werden. Die Förderung der Gedenkstätte Lager Sandbostel bezeichnet er als positiv. Es sei wichtig, dass sich die Menschen in der Region zur Vergangenheit bekennen würden und mit der Gedenkstätte ein Beitrag zur Aufarbeitung der Geschichte geleistet werde. Um die Jagdsteuersenkung werde eine Art Neiddiskussion geführt. Die Jäger leisteten viel für die Natur und die Umwelt. Die WFB-Fraktion habe bereits in 2005 die schrittweise Abschaffung der Jagdsteuer beantragt. Zur Frage eines weiteren Rettungsdienstgutachtens führt er aus, das vorliegende Bedarfsgutachten berücksichtige die Gesetzeslage und schaffe gleiche Standards für den gesamten Landkreis. Mit einer Umsetzung des Bedarfsgutachtens würde vom Landkreis kein zusätzliches Geld für den Rettungsdienst mehr aufzuwenden sein. Nur wenn die Verhandlungen mit den Nachbarkreisen über die kreisübergreifenden Einsätze scheitern sollten, sei ein zweites Gutachten nötig.

Nach Ansicht des **Abg. Oetjen** sei ein guter und solider Haushaltsentwurf 2009 vorgelegt worden. Es seien keine Kassenkredite vorgesehen, die Schulden würden um weitere 4 Millionen Euro abgebaut. Trotz Senkung der Kreisumlage um 2 Punkte könne ein struktureller Überschuss ausgewiesen werden. Eine weitere Senkung der Kreisumlage sei aus Sicht der Gemeinden sicher wünschenswert, aber die Einnahmesituation sei auch für die Aufgabenerfüllung des Landkreises wichtig. Die Wiedereinführung des Flächenfaktors im Finanzausgleich sei ein ausschlaggebender Grund für die positive Entwicklung gewesen. Dies sei ge-

rechtfertigt gewesen, weil städtische und ländliche Bereiche z. B. im Bereich der Jugendhilfe die gleichen Problemlagen hätten. Weitere wichtige Aspekte im Haushalt seien die Aufwendungen für den Ausbau der Kindertagesbetreuung sowie die Schulbaumaßnahmen, wobei auch vor allem in Zeven viel investiert werde. Die gymnasiale Oberstufe in Sottrum solle zum nächsten Schuljahr eingerichtet werden. Es handele sich um ein kreisübergreifendes und wichtiges schulstrukturelles Projekt. Die weitere Entwicklung beim Heimatbund Rotenburg bleibe abzuwarten. Die Jagdsteuer sei eigentlich eine Ertragssteuer auf Wildbret und die einzige Steuer, die der Landkreis erheben könne. Diese solle jetzt wieder auf das Niveau in der Zeit vor der Haushaltskonsolidierung gesenkt werden, was dem Verfahren bei anderen Positionen des Haushaltes entspreche. Wegen der Investitionen in Bildung, Kinderbetreuung, Sportstätten und Infrastruktur, besonders in die Realisierung der Anschlussstelle Elsdorf und der dazugehörigen Ortsumgebung und des weiteren Schuldenabbaus sei dies ein generationengerechter Haushalt. Die FDP-Fraktion werde zustimmen.

**Abg. Kullik** begründet den Antrag der SPD-Fraktion vom 15.12.2008 zur Jagdsteuer. Hierzu geht er zunächst auf einen Artikel aus der Ausgabe der Zevener Zeitung vom 18.12.2008 ein, in dem das Pro und Contra einer Jagdsteuersenkung diskutiert worden sei. Darin führe der Vorsitzende der Mehrheitsfraktion des Kreistages die Argumente Schuldenabbau des Landkreises und Verwendung der Einnahmen aus der Jagdsteuer zur Finanzierung von Ausgaben für den Naturschutz als Argumente für die Senkung der Jagdsteuer an. Ab dem Jahr 2004 seien erstmalig die Nebenleistungen nicht mehr besteuert worden. Bis 2006 habe im Kreistag Konsens bestanden, die Jagdsteuer nicht weiter zu senken. Dieser Konsens sei dann aufgegeben worden und der Kreistag habe im Jahr 2006 eine Senkung der Jagdsteuer auf 14 % beschlossen. Die Chancen für den jetzigen Antrag seiner Fraktion beurteilt er als nicht sonderlich groß. Das Problem sei, dass der Landkreis auf die Einnahmen aus der Jagdsteuer nicht gänzlich verzichten könne. Auf der anderen Seite würden die Jäger viel für den Naturschutz tun und z. B. auch Fallwild beseitigen. Die Jägerschaft fordere die Senkung bzw. Abschaffung der Jagdsteuer. Um die Jäger zu entlasten könne z. B. eine Umverteilung der Einnahmen aus der Jagdsteuer erfolgen. Vornehmlich sollten die Jäger entlastet werden, die sich für den Naturschutz engagieren. Eine Senkung der Jagdsteuer bedeute für viele Jäger nur eine sehr geringe Entlastung, während sich für andere mit größeren Jagden eine höhere Einsparung ergeben würde. Wenn stattdessen die Arbeit der Naturschutzverbände aus den Einnahmen der Jagdsteuer gefördert würde, könnte der Naturschutzgedanke gestärkt werden. Er bedauere, dass der Kreistag nicht mit einem gemeinsamen Vorschlag in die Beratung gegangen sei.

**Abg. Brunkhorst** lobt zunächst den in den vergangenen Jahren erfolgten Schuldenabbau um ca. 32 Millionen Euro. Allerdings mahnt er an, dass die guten Jahre zu Ende gehen würden. Mit den freiwillig erbrachten Zuschüssen zur Stiftung Lager Sandbostel und der Zustiftung zur Kempowski-Stiftung „Haus Kreienhoop“ habe sich der Landkreis weit aus dem Fenster gelehnt. Dazu seien noch die Kosten für die Gymnasien im Landkreis zu bewältigen. Da der Landkreis nicht schuldenfrei sei, stimme er dem Haushalt nur mit der Einschränkung zu, dass aus dem Haushalt 2009 keine Gelder für die Zustiftung zur Kempowski-Stiftung und für die Stiftung Lager Sandbostel fließen dürften.

**Abg. Klee** führt aus, die Einrichtung der gymnasialen Oberstufe in Sottrum sei wichtig für eine ortsnahe gymnasiale Beschulung. Dies sei ein Versuch, einen kreisübergreifenden Weg zu gehen, die Oberstufe sei auch für Schüler aus Ottersberg offen. Hinsichtlich der Kosten habe es noch keine Verständigung mit dem Landkreis Verden gegeben, aber vielleicht komme dies noch zustande. Das Interesse von Schülern aus Ottersberg an einer Beschulung in Sottrum sei vorhanden. Wichtig sei, dass der Landkreis allen Standorten gerecht werde, um eine optimale Versorgung für den gesamten Landkreis sicherzustellen. Deswegen sei es auch wichtig, gemeinsam mit den Gemeinden ein Schulentwicklungskonzept für den ganzen Landkreis zu erstellen. Für die gymnasiale Oberstufe gebe es keine festgelegten Einzugsbereiche, so dass die Qualität für die Schülerzahlen entscheidend sein werde. Eine Entscheidung müsse heute fallen, damit die Oberstufe ab dem Schuljahr 2009 eingerichtet werden könne. Zum Rettungsdienst merkt er an, dass der Bereich Sottrum aufgrund seiner Randlage im Landkreis nicht zur Manövriermasse werden dürfe. Auch deswegen habe seine Fraktion den Antrag zur Erstellung eines Alternativgutachtens gestellt. Die zusätzliche Förderung des

Ausbau der Kindertagesbetreuung mit 3,6 Millionen Euro durch den Landkreis sei gut und wichtig. Ebenso wichtig sei eine energetische Sanierung der Gebäude des Landkreises für den Umweltschutz und als Anschlag für die örtliche Wirtschaft.

**Abg. Bargfrede** erklärt, der Null-Ansatz für den Heimatbund Rotenburg sei in der CDU-Fraktion zur Kenntnis genommen worden. Wegen der Zukunft des Heimatbundes und des Institutes für Heimatforschung solle der Landkreis Verhandlungen mit dem Heimatbund und der Stadt Rotenburg führen. Diese Problematik werde im nächsten Jahr zu behandeln sein. Das Thema Rettungsdienst sei im Kreisausschuss umfassend beraten worden. Heute sei über die Haushaltsansätze zu befinden. Es sei durchaus keine einmütige Entscheidung in der CDU-Fraktion gewesen, zunächst die notwendigen Maßnahmen zur Umsetzung des Bedarfsgutachtens einzuleiten. Diese Entscheidung habe jeder Abgeordnete für sich selbst treffen müssen. Vertreter der Bürgerinitiativen und die Bürgermeister der betroffenen Gemeinden würden in den Fraktionen noch angehört. Der Kreisausschuss habe beschlossen, den Rettungsdienst im Landkreis auf der Grundlage des Nds. Rettungsdienstgesetzes zu organisieren. Der Ausgang der Verhandlungen mit den Nachbarkreisen könne noch Konsequenzen für das gesamte Gutachten haben. Auch die Befahrbarkeit der Moorstraßen werde noch untersucht. Der Standort der Rettungswache Sottrum werde auch in den Verhandlungen mit dem Landkreis Verden angesprochen. Die Dispositions- und Ausrückzeiten sollten verringert werden. Deren Nichteinhaltung sei häufig in den örtlichen Gegebenheiten und nicht in den Personen begründet. Außerdem würden die Standorte für die Verlegung der Rettungswachen geprüft. Danach werde die Angelegenheit erneut beraten. Sollte sich danach die Notwendigkeit für ein weiteres Gutachten ergeben, könnten Haushaltsmittel dafür auch außerplanmäßig bereitgestellt werden. Nach einem Gespräch mit den Vorsitzenden der Jägerschaften habe er durchaus Verständnis für die Forderung nach einer Abschaffung der Jagdsteuer. Aber aufgrund der Verschuldung des Landkreises könne nicht vollständig auf die Einnahmen verzichtet werden. Die Jäger würden eine Senkung der Jagdsteuer auf den gleichen Prozentsatz wie vor der Haushaltskonsolidierung erwarten. Es sei gerecht, wenn mit der Jagdsteuer genauso verfahren werde, wie bei anderen Positionen im Haushalt. Die Einnahmen aus der Jagdsteuer würden vom Landkreis auch für den Naturschutz eingesetzt. Seine Fraktion halte die Senkung für gerecht.

**Abg. Kullik** meint, mit einer Senkung der Jagdsteuer würden alle Jäger pauschal begünstigt. Aus Sicht des Landkreises müsse eigentlich eine andere Verteilung gewünscht sein. Mit einem Satz von 10 % sei die Jagdsteuer im Landkreis sehr niedrig. Die SPD-Fraktion würde sich die Förderung gezielter Projekte des Naturschutzes wünschen.

Anschließend erfolgt die Abstimmung über den Antrag der SPD-Fraktion vom 15.12.2008 zur Jagdsteuer.

Dieser wird mehrheitlich abgelehnt.

Danach wird über den Antrag der SPD-Kreistagsfraktion, einen Betrag von 20.000 Euro in den Haushalt für die Erstellung eines zweiten Gutachtens zum Rettungsdienst einzustellen, abgestimmt.

Dieser wird ebenfalls mehrheitlich abgelehnt.

Auf Nachfrage von **Kreistagsvorsitzendem Brünjes** erklärt **Abg. Twesten**, die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verzichte auf eine Abstimmung über den Antrag zum Haushalt, dieser sei im Antrag der SPD-Fraktion aufgegangen.

Anschließend wird über den schriftlichen Beschlussvorschlag zum Haushalt 2009 abgestimmt.

### **Beschluss:**

Der Erlass der vorliegenden Haushaltssatzung 2009 mit dem Haushaltsplan 2009, der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung und dem Investitionsprogramm für die Jahre 2009 bis 2012 sowie dem Stellenplan 2009 wird unter Berücksichtigung der vorgeschlagenen Änderungen beschlossen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	33
Nein-Stimmen:	17
Enthaltung:	1

**Landrat Luttmann** verlässt den Sitzungsraum

Punkt 14 der Tagesordnung: **Entlastung des Landrats aus der Jahresrechnung 2006 des Landkreises Rotenburg (W.)**  
**Vorlage: 2006-11/0572**

---

### **Beschluss:**

Der Kreistag beschließt gemäß § 65 NLO i.V.m. § 101 Abs. 1 NGO die Jahresrechnung einschließlich der Sonderrechnungen der Betriebe Abfallwirtschaft und Rettungsdienst des Landkreises Rotenburg (W.) für das Haushaltsjahr 2006 anzunehmen und dem Landrat bezüglich der Haushaltsführung die Entlastung zu erteilen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	50
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

**Landrat Luttmann** nimmt wieder an der Sitzung teil.

**Abg. Krahn** verlässt die Sitzung um 13.15 Uhr.

Punkt 15 der Tagesordnung: **Verwendung des Ergebnisses des Nettoeregietriebes Abfallwirtschaft für das Jahr 2006**  
**Vorlage: 2006-11/0594**

---

### **Beschluss:**

Der Jahresüberschuss des Nettoeregietriebes Abfallwirtschaft für das Wirtschaftsjahr 2006 in Höhe von 213.964,25 € wird auf das Wirtschaftsjahr 2007 vorgetragen.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 50  
Nein-Stimmen: 0  
Enthaltung: 0

**Abg. Schulz** verlässt die Sitzung um 13.15 Uhr.

Punkt 16 der Tagesordnung: **Betrieb Rettungsdienst: Jahresabschluss 2007 / Ergebnisverwendungsbeschluss**  
**Vorlage: 2006-11/0578**

---

**Beschluss:**

Der Jahresfehlbetrag in Höhe von 154.343,62 € ist mit der Gebührenausrücklage zu verrechnen.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 49  
Nein-Stimmen: 0  
Enthaltung: 0

Punkt 17 der Tagesordnung: **Haushaltsüberschreitungen**

---

Punkt 17.1 der Tagesordnung: **Einzelentscheidung; hier: Teilhaushalt 5 (Jugend und Sport) Produkt 36.5.01 (Tageseinrichtungen für Kinder) Investition (Investitionsförderung Krippenausbau)**  
**Vorlage: 2006-11/0601**

---

**Beschluss:**

Der außerplanmäßigen Auszahlung in Höhe von 235.000 € im Teilhaushalt 5 (Produkt 36.5.01 – Tageseinrichtungen für Kinder) für eine Investitionsförderung Krippenausbau wird zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 49  
Nein-Stimmen: 0  
Enthaltung: 0

Punkt 17.2 der Tagesordnung: **Unterrichtung**  
**Vorlage: 2006-11/0600**

---

Der Kreistag nimmt von den eingetretenen Haushaltsüberschreitungen Kenntnis.

Punkt 18 der Tagesordnung: **Verordnung zur Änderung der Verordnung des Landkreises Rotenburg (Wümme) vom 10.12.1997 über die Einschränkung des Allgemeingebrauchs der Oste**  
**Vorlage: 2006-11/0564**

---

**Beschluss:**

Die Verordnung zur Änderung der Verordnung des Landkreises Rotenburg (Wümme) über die Einschränkung des Allgemeinbrauchs der Oste vom 10.12.1997 wird in der vorgelegten Fassung erlassen.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	49
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 19 der Tagesordnung: **2. Verordnung des Landkreises Rotenburg (Wümme) über die Aufhebung von Landschaftsschutzgebieten**  
**Vorlage: 2006-11/0565**

---

**Abg. Kullik** erklärt, heute solle die 2. Verordnung zur Aufhebung von Landschaftsschutzgebieten beschlossen werden. Die betroffenen Flächen würden damit ihren Schutzstatus nicht gänzlich verlieren.

**Abg. Pape** führt aus, die betroffenen Gebiete seien in den 1930er Jahren unter Schutz gestellt worden, mittlerweile sei die Berechtigung entfallen. Eine dritte Verordnung werde noch folgen.

Auch **Abg. Petersen** weist darauf hin, dass die Flächen weiterhin einen Schutzstatus behalten würden. Die Verbände und die Kreisarchäologie seien im Verfahren beteiligt worden.

**Beschluss:**

Die 2. Verordnung des Landkreises Rotenburg (Wümme) über die Aufhebung von Landschaftsschutzgebieten wird in der anliegenden Fassung erlassen.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	49
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 20 der Tagesordnung: **Änderung und Erweiterung der Naturschutzgebietsverordnung "Großes und Weißes Moor" und gleichzeitige Anpassung der Landschaftsschutzgebietsverordnung "Grafeler Holz, Hamerloh und Lintel"**  
**Vorlage: 2006-11/0567**

---

**Abg. Kullik** lobt zunächst die Arbeit im Fachausschuss. Allerdings hält er den Ablauf der Mechanismen für nicht erfreulich. Dies sei die erste NSG-Verordnung, die vom Landkreis in Eigenregie auf den Weg gebracht worden sei. Während die frühere Bezirksregierung bei ihren Entscheidungen nur fachliche Kriterien berücksichtigt habe sei es fraglich, ob wegen der Verflechtungen von Politikern im Landkreis mit den Grundstückseigentümern auch der Naturschutz von der Abschaffung der Bezirksregierungen profitiere. In diesem Fall hätten auch die Interessen der Grundstückseigentümer und der Landwirtschaft Berücksichtigung gefunden. Das NSG-Gebiet umfasse dennoch über 600 ha. Die SPD-Fraktion werde die Verordnung nicht ablehnen, sich aber wegen des Verfahrens bei der Abwägung der Interessen des Naturschutzes und der Einzelinteressen der Stimme enthalten.

**Beschluss:**

Die Verordnung über die Änderung und Erweiterung der Naturschutzgebietsverordnung "Großes und Weißes Moor" und die Verordnung zur Anpassung des Landschaftsschutzgebiets "Grafeler Holz, Hamerloh und Lintel" werden in der anliegenden Fassung erlassen.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	34
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	15

Punkt 21 der Tagesordnung: **Zweite Satzung zur Änderung der Jagdsteuersatzung des Landkreises Rotenburg (Wümme)**  
**Vorlage: 2006-11/0615**

---

**Abg. Trau** weist auf die zunehmende Schwarzwildproblematik im Landkreis hin, deren Bewältigung auch zu den Aufgaben der Jäger gehöre.

Anschließend beschließt der Kreistag mehrheitlich:

**Beschluss:**

Die Zweite Satzung zur Änderung der Jagdsteuersatzung für den Landkreis Rotenburg (Wümme) wird in der vorliegenden Fassung beschlossen.

**Abg. Brunkhorst** verlässt die Sitzung um 13.30 Uhr.

Punkt 22 der Tagesordnung: **Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 24.05.2008 "Keine Gentechnik auf Flächen im Eigentum des Landkreises Rotenburg (Wümme)"**  
**Vorlage: 2006-11/0571**

---

**Abg. Frömming** begründet nochmals den Antrag ihrer Fraktion. Hierzu führt sie aus, die Gentechnik stelle einen Eingriff in die DNA dar. Sie meint, es gebe sicherlich noch mehr Flächen im Eigentum des Landkreises, als die in der Vorlage genannten 13 ha. Aus der Gentechnik würden Risiken für die Menschen entstehen, zum Beispiel in Bezug auf die Lebensmittelqualität. Genauso gebe es unabwägbare Risiken für die Umwelt, die Biodiversität sei ebenfalls bedroht. Die Ablehnung von Gentechnik sei keine Glaubens- sondern eine Gewissensfrage. Sie bitte um Zustimmung zum Antrag.

*(Anmerkung zum Protokoll: Der Landkreis ist mit Stand 01.01.2008 Eigentümer von unbebauten Grundstücken mit einer Gesamtgröße von 4.037,7 ha. Davon sind im Grundsatz nach Angaben des Katasteramtes 850 ha landwirtschaftlich nutzbar. Die Nutzung ist aber aufgrund von Naturschutzauflagen oder durch Wiedervernässung der Flächen zum größten Teil eingeschränkt, erheblich eingeschränkt oder wirtschaftlich nicht möglich. Lediglich Grundstücke mit einer Gesamtfläche von 13 ha sind ohne Auflagen als Ackerflächen verpachtet.)*

**Abg. Steppat** verlässt die Sitzung um 13.40 Uhr

**Abg. Bussenius** spricht sich für eine Zustimmung zum Antrag aus. Damit habe die SPD einen Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN aus dem Jahr 2000 zur Agrogentechnik wieder aufgegriffen. 80 % der Bevölkerung würden gentechnisch veränderte Lebensmittel ablehnen. Auch er geht auf die aus der Gentechnik entstehenden Risiken ein. Er bezeichnet es als ein Signal, wenn der Kreistag heute einen entsprechenden Beschluss fasse. Seine Fraktion werde dem Antrag zustimmen.

**Abg. Dr. Fröhlich** meint, dieser Antrag enthalte eine massive politische Komponente. Bisher hätten die im Kreistag behandelten Themen stets einen Bezug zu den Interessen des Landkreises gehabt. Dieser Antrag hingegen sei rein politischer Natur. Er spricht sich gegen den Antrag der SPD aus. In anderen Ländern werde die Gentechnik bereits seit Jahren angewandt.

Anschließend wird der Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom Kreistag mit 19 Ja-Stimmen und 28 Nein-Stimmen abgelehnt.

Die **Abg. Jaap, Blanken und Riebesehl** verlassen die Sitzung um 13.55 Uhr.

Punkt 23 der Tagesordnung: **Anfragen**

---

Es liegen keine Anfragen vor.

Punkt 24 der Tagesordnung: **Einwohnerfragestunde**

---

Es liegen keine Einwohnerfragen vor.

**Kreistagsvorsitzender Brünjes** beendet den öffentlichen Teil der Kreistagssitzung. Die Zuhörer und die Vertreter der Presse verlassen den Sitzungsraum.

Kreistagsvorsitzender

Landrat

Protokollführer